



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0109/2022

Vorlage: ST/0007/2023		Datum: 28.02.2023	
Dezernat 1			
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle	Az.:	
Betreff:			
Stellungnahme zum Antrag der Ratsfraktionen Die LINKE-PARTEI, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Rainbow Cities Network			
Gremienweg:			
15.03.2023	Gleichstellungsausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE abgesetzt geändert
	öffentlich		

Stellungnahme:

In Vertretung für die ausgeschiedene Queerbeauftragte recherchierte die Gleichstellungsstelle zur Aufnahme in das Rainbow Cities Network und führte in dem Zusammenhang eine interkommunale Abfrage bei folgenden Städten durch: Mainz, Frankfurt am Main, Köln, Mannheim, Wiesbaden

Beitrittskriterien:

- Voraussetzung für den Beitritt zum Rainbow Cities Network sind hauptamtliche Stellenanteile innerhalb der Verwaltung für das Thema LSBTIQ (zur Ausübung der Funktion sind zudem sehr gute Fremdsprachenkenntnisse erforderlich, da die Konferenz- und Netzwerksprache Englisch ist)
- vor Beitritt durchlaufen neue Mitglieder ein Bewerbungsverfahren
- die Mitglieder liefern zu den jährlichen Treffen einen sogenannten One-Pager, in dem der Fortschritt ihrer lokalen LGBTIQ-Aktivitäten zusammengefasst wird; der Beitrag soll mindestens drei Tätigkeiten der Kommune (Good Practice Beispiele) umfassen; diese Unterlagen sind die Grundlage für Reflexion und Austausch im Netzwerk
- für Städte unter 300.000 Einwohner:innen beträgt der Mitgliedsbeitrag 1000,- Euro p.a.
- die Teilnahme an der Jahreskonferenz in Präsenz ist Pflicht; in diesem Jahr fand die Jahreskonferenz in Rotterdam statt, möglich wäre auch ein Konferenzort außerhalb von Europa (Stichwort Reisekosten)
- Mitgliedsstädte dürfen sich Rainbow City nennen und das offizielle Logo des RCN verwenden.

Ergebnis der interkommunalen Umfrage:

Die Stadt Mainz hält hauptamtliche Stellenanteile in Höhe von 25% einer Vollzeitstelle für LSBTIQ-Themen vor, dennoch hat sich die Stadt bewusst gegen einen Beitritt zum Rainbow Cities Network entschieden, da der Zeitaufwand, den eine Mitgliedschaft mit sich bringen würde, die bereitgestellten Personalkapazitäten übersteigen würde.

Die Stadt Frankfurt am Main ist Februar 2020 dem Netzwerk beigetreten.

Die Stadt Köln ist Gründungsmitglied.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist dem Rainbow Cities Network (RCN) im Juni 2021 beigetreten.

Fazit:

Die Stadt Koblenz erfüllt mit der aktuellen Organisationform (ehrenamtliche:r Queerbeauftragte:r)

nicht die formellen Voraussetzungen für einen Beitritt zum Rainbow Cities Network.

Die für einen Beitritt notwendige Ausgestaltung würde eine deutliche Kostensteigerung, schätzungsweise im fünfstelligen Bereich, (Personalkosten, Reisekosten, Mitgliedsbeitrag, Projektarbeit) in diesem Bereich nach sich ziehen.

Hinzu kommt, dass die in der Netzwerkarbeit geforderten Fachbeiträge zu LSBTIQ-Aktivitäten aufgrund der bisherigen Umstände von der/dem neuen Queerbeauftragten aktuell nicht zu leisten wären.

Finanzielle Auswirkungen: keine

Beschlussempfehlung:

Der Gleichstellungsausschuss beschließt zum jetzigen Zeitpunkt keinen Beitritt zum Rainbow Cities Network anzustreben, da zum einen die formalen Beitrittsvoraussetzungen (hauptamtliche Stellenanteile sowie Haushaltsmittel) nicht vorliegen und zum anderen die/der neue Queerbeauftragte zunächst Aktivitäten und Projekte aufbauen muss, um die geforderten Inhalte im Rahmen der Netzwerkarbeit beitragen zu können.